

Stadtverordnetenversammlung
Wittstock/Dosse

Sitzungsvorlage für:
Stadtverordnetenversammlung
Sitzungsdatum: 17.06.2020

Tagesordnungspunkt	13.
Beschluss-Nr.	100-2020-SVV
Öffentlich	<input checked="" type="checkbox"/>
Nichtöffentlich	<input type="checkbox"/>
Bekanntmachung ja	
Bekanntmachung nein	

Fachbereich

Bürgermeister

Beschlussentwurf

Die Stadtverordnetenversammlung Wittstock/Dosse genehmigt die Eilentscheidung Nr. 5/2020 vom 30.03.2020 zum Beschluss des Bebauungsplanes Nr. 02/2013 - Behandlung der Anregungen und Satzungsbeschluss -.

Der o.g. Beschluss wird wie folgt neu gefasst:

(Änderung/Streichung/Zusatz zum Beschlussvorschlag) nichtzutreffendes streichen

Beschlussfassung wie Vorschlag/Änderungen (nichtzutreffendes streichen)

Anwesende	22	<u>Anmerkung:</u> Auf Grund des § 22 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) waren _____ Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen.
Ja-Stimmen	22	
Nein-Stimmen		
Enthaltungen		

gezeichnet
Der Vorsitzende

gezeichnet
Der Bürgermeister

Siegel (Siegel)

Rechtsgrundlagen:

- § 28 Abs. 2 Satz 1 Ziff. 9 Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) vom 18.12.2007 (GVBl.I/07, [Nr. 19], S. 286), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 19.06.2019 (GVBl.I/19, [Nr. 38])
- § 3 BbgKVerf
- § 58 BbgKVerf
- § 245 c Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634), zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 27.03.2020 (BGBl. I S. 587)

Finanzielle Auswirkungen

	Einnahmen		Mittel stehen zur Verfügung
	Keine haushaltsmäßige Berührung		Mittel stehen nicht zur Verfügung
zur Kenntnis genommen:			

Stadtkämmerei

Sachverhalt:**Beschluss-Nr. 100-2020-SVV**

Mit der Beschlussvorlage Nr. 91-2020-SVV (Anlage 1) lag der Stadtverordnetenversammlung der Beschluss des Bebauungsplanes Nr. 02/2013 -Behandlung der Anregungen und Satzungsbeschlussvor. Die Beschlussvorlage wurde am 10.03.2020 im Ortsbeirat Dossow, am 19.03.2020 durch den Wirtschaft-, Landwirtschafts- und Bauausschuss und am 11.03.2020 im Hauptausschuss beraten und einstimmig ohne Änderungen der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung empfohlen. Die abschließende Entscheidung durch die Stadtverordnetenversammlung war für die Sitzung am 01.04.2020 vorgesehen.

Mit der ersten am 17.03.2020 im Internet bekannt gemachten Allgemeinverfügung untersagte der Landrat des Landkreises Ostprignitz-Ruppin unter Anordnung der sofortigen Vollziehung die Durchführung von öffentlichen und nichtöffentlichen Veranstaltungen und Zusammenkünfte mit mehr als 15 Teilnehmern aus Gründen des Infektionsschutzes im Zusammenhang mit der zunehmenden Ausbreitung des Coronavirus SAR-CoV-2 und COVID- 19. Die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung wurde deshalb durch den Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung und den Bürgermeister am 18.03.2020 abgesagt. Auch nach der Aufhebung dieser Allgemeinverfügung bestanden aus Gründen des Infektionsschutzes die rechtlichen und tatsächlichen Unsicherheiten bei der Durchführung von Sitzungen fort. Am 30.03.2020 entschieden der Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung und der Bürgermeister deshalb durch Eilentscheidung gem. § 58 BbgKVerf (Anlage 2) entsprechend den Beschlussempfehlungen der beteiligten Ausschüsse über die Beschlussvorlage Nr. 91-2020-SVV. Erst durch das am 15.04.2020 bekannt gemachte Gesetz zur Sicherstellung der Handlungsfähigkeit der brandenburgischen Kommunen in außergewöhnlicher Notlage (BbgKomNotG) und durch die hierzu ergangene Verordnung zur Aufrechterhaltung der Handlungsfähigkeit der kommunalen Organe in außergewöhnlicher Notlage vom 17.04.2020 (BbgKomNotV) wurde Rechtssicherheit für die vom Landtag festgestellte landesweite außergewöhnliche Notlage geschaffen.

Die Angelegenheit war zum Zeitpunkt der Eilentscheidung dringlich, zumal nicht abzusehen war, wann die Stadtverordnetenversammlung entscheiden könnte. Der Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan bildet die Grundlage für die beabsichtigte Beantragung und Durchführung der Bebauung. Ohne eine zeitnahe Beschlussfassung wäre die Investition des Vorhabenträgers aus wirtschaftlichen Gründen gefährdet.

Die getroffene Eilentscheidung bedarf gemäß § 58 BbgKVerf der Genehmigung durch die Stadtverordnetenversammlung.